

Österreich: Hinrichtungsvideo nur ein „Dummerjungenstreich“



Von MANFRED W. BLACK | Nur einen Tag nach dem großen Terror-Anschlag von Wien, der im November vier Menschen das Leben gekostet hat, hatte der Bürgermeister von Pottendorf in Niederösterreich ein besonderes Erlebnis: Er beobachtete im Schlosspark seiner Gemeinde, wie vier Jugendliche für ein Video ungeniert und öffentlich makabre Exekutions-Szenen probten. Jetzt hat sich die zuständige Staatsanwaltschaft dazu positioniert.

Der Gemeindevorsteher Thomas Sabbata-Valteiner (SPÖ) sah am 3. November einen knienden Burschen, der von hinten per „Langwaffe“ mit einem Kopfschuss im Pottendorfer Schlosspark „exekutiert“ wurde. Der Bürgermeister alarmierte die Polizei und erstattete Anzeige. Polizeibeamte konnten die Täter wenig später dingfest machen: Es waren minderjährige „Asylwerber“.

Hinrichtungsszenen: Teil der Kultur in den Heimatländern?

Zur Rede gestellt, erklärten die muslimischen Heranwachsenden – die zu den „unbegleiteten Jugendlichen“ gehören, die aus dem Ausland als vermeintliche Flüchtlinge nach Westeuropa gekommen sind –, sie hätten nur entsprechend ihrer Kultur in ihren Heimatländern gehandelt. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Asylwerber den Hinrichtungsfilm bereits ins Internet gestellt.

Das berichtete die Wiener Zeitung „Heute“. Die vier Täter waren zum Zeitpunkt ihres kriminellen Films angeblich im

Alter von 14 bis 17 Jahren, der älteste feierte wenig später offiziell seinen 18. Geburtstag. Alle wohnten in einer besonderen Unterkunft für minderjährige Asylwerber, die vom Arbeiter-Samariterbund betreut wird.

Die FPÖ Niederösterreichs forderte nach diesen empörenden Vorfällen sofort die Ausweisung der beteiligten Jugendlichen. Die Zeitung „Heute“ beeilte sich im Gegensatz dazu zu schreiben, rechtlich gebe es für Abschiebungen keine rechtliche Grundlage.

Nachdem die Täter dingfest gemacht worden waren, erklärten sie einem „Heute“-Bericht zufolge, sie seien sich keiner Schuld bewusst. Es sei in ihrer Kultur vollkommen normal, dass Hinrichtungsvideos gedreht werden, sollen die Jugendlichen gegenüber der Leiterin des Asylheims erklärt haben („Wochenblick“).

Die Empörung der Bevölkerung in der Region war groß. Sogar das Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (LIT) ermittelte in der Causa. Die Staatsanwaltschaft stellte ebenfalls Ermittlungen an.

Staatsanwaltschaft: Nur ein „deplatziertes Streich“

Nun – nach zwei Monaten – sind Untersuchungen abgeschlossen. Zur Überraschung der Bevölkerung besonders in Niederösterreich können Verfassungsschützer und Staatsanwälte in der Wiener Neustadt im brutalen Video der Jugendlichen „keinen terroristischen Hintergrund erkennen“ („Heute“).

Die Beamten meinen tatsächlich, es handle es sich nur um einen „deplatzierten Streich“. Der „Kurier“ schrieb: „Die Ermittlungen wurden ad acta gelegt.“

Dabei müssten auch Beamte des Verfassungsschutzes und der Staatsanwaltschaften die Szenen der vielen echten islamischen Hinrichtungsvideos kennen, die weltweit im Netz kursieren und große Teile der islamischen Bevölkerung begeistern. „Während

ihre Opfer auf dem Boden knien, posieren die Islamisten in Kampfanzügen mit Waffen aufrecht dahinter. Dann erschießen sie ihre Opfer eiskalt „für Allah“ („Wochenblick“).

FPÖ: Jugendliche sollten wieder in ihre Heimat zurückkehren

Im Jahr 2018 sorgte ein nachgestelltes IS-Hinrichtungsvideo international für Aufsehen. Damals stellten Kinder in Libyen eine IS-Hinrichtung nach. Die „Opfer“ knieten am Boden. Dahinter posierte ein Kind mit einer vermeintlichen Schusswaffe, mit der der Jugendliche dann immer wieder „schießt“. Über den Film empörten sich viele Menschen insbesondere in Europa und in den USA.

Der FPÖ-Bundesvorsitzende Norbert Hofer bewertet den Skandal von Pottendorf völlig anders als die Verfassungsschützer und Staatsanwälte. Österreich dürfe „so eine Entwicklung nicht dulden“. Die „Hobby-Schauspieler von heute“ seien „die Gefährder von morgen“, so Hofer.

Wenn die vier „Jugendlichen so an ihren kulturellen Errungenschaften wie Hinrichtungen hängen, dann sollen sie bitte wieder in ihre Heimat zurückkehren“. Mit der Kultur Österreichs seien „derartige Weltanschauungen nicht kompatibel“.